

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 28. Juni 2025 · Nr. 147/26 R2

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,20 € F.A.Z. im Internet: faz.net

RTL kauft Sky und baut Streaming aus

sup. HAMBURG. Die RTL-Gruppe übernimmt den Bezahler Sky Deutschland und will dadurch im Streaming-Geschäft deutlich aufholen. Netflix bleibt zwar mit 18 Millionen Abonnenten Marktführer, gefolgt von Amazon mit 15 Millionen. Doch zusammen mit Sky kommt RTL auf 11,5 Millionen Abonnenten und rückt vor Disney auf Platz drei. Das Kalkül hinter dem Geschäft ist, dass RTL vom üppigen Sky-Sportangebot profitieren kann und umkehrt die Sky-Abonnenten von RTL-Inhalten – und dass auf diese Weise neue zusätzliche Bezahlangebote entstehen. Weil Sky jahrelang Verluste gemacht hat, muss RTL für den Sender nur 150 Millionen Euro und womöglich eine erfolgsabhängige Komponente zahlen. Die beiden Unternehmen investieren zusammen jährlich 2,5 Milliarden Euro in Inhalte – „so viel wie niemand sonst in Europa“, wie Thomas Rabe gegenüber der F.A.Z. betonte. Rabe führt die börsennotierte RTL Group und ist auch Vorstandsvorsitzender des Bertelsmann-Konzerns, der wiederum mehr als 76 Prozent der RTL-Aktien hält. An der Börse stieg der RTL-Kurs nach der Ankündigung zeitweise um 17 Prozent. Das Geschäft muss noch von den EU-Kartellbehörden genehmigt werden. (Siehe Wirtschaft, Seite 24.)

Ein unendlicher Spaß



Friedrich Merz war nach seinem ersten EU-Gipfel hin und weg: Er habe sich in Brüssel „ausgesprochen wohlgefühlt“. Nach 16 Stunden, in denen „27 Staats- und Regierungschefs mehr oder weniger die ganze Zeit im Raum sitzen bleiben und sich auch gegenseitig zuhören“, hielt er fest: „Mir ist

das zu keinem Zeitpunkt heute langweilig geworden.“ Man meint, Kim Jong-un den Neid am Hinterkopf anzusehen. Weit und breit keine 26 Staatschefs, die mit ihm Kurzweil treiben würden wie die Europäer. Der Besuch im Spaßbad mit Frau und Tochter – ein schaler Trost. Seite 5 Foto KCNA/dpa

Die geächtete Opposition

Von Jasper von Altenbockum

Ein Nebeneffekt des Streits um die Besetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums ist die Benachteiligung der Opposition im Deutschen Bundestag. Die Mehrheit der Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD nehmen für sich in Anspruch, bestimmen zu können, wer gewählt wird, wer nicht. Für die SPD richtet sich das nur gegen die AfD, für die Unionsfraktion aber auch in Richtung Linksfraktion. Das Ergebnis: Im Kontrollgremium wird mehr als ein Drittel des Bundestags vorläufig ausgeklammert; in keinem der 25 ständigen Ausschüsse des Bundestags erhält die stärkste Oppositionsfraction, die der AfD, den Vorsitz; im Bundestagspräsidium fehlt die AfD.

Ist es Ausdruck eines lebendigen Parlamentarismus oder besonderer Wehrhaftigkeit, wenn Parteien und Fraktionen, die zum Schutz der Demokratie angetreten sind, auf diese Weise „unter sich“ bleiben? Die Strategie von SPD und CDU/CSU ist Wasser auf die Mühlen der AfD, die von einem „Kartell“ der etablierten Parteien spricht. Beide Parteien begehen

einen Fehler, weil sie offenbar blind sind für die Gründe, warum der Anteil an Radikalen und Extremisten im Bundestag von Wahl zu Wahl gestiegen ist. Die Entwicklung ist Ergebnis ihrer Zusammenarbeit. Waren ihre „großen“ Koalitionen früher die absolute Ausnahme, sind sie heute zur Regel geworden. Es sind Zeiten unterdrückter Gegensätze, die um die Mitte kämpfen. Die unweigerliche Folge: eine neue Opposition.

Zwar war im Wahlkampf viel von „Politikwechsel“ die Rede. Das sollte eigentlich heißen: Wir haben aus der Ära Merkel/Scholz gelernt, wir haben die Botschaft der Wähler verstanden. Aber davon war schon im Koalitionsvertrag nicht mehr viel zu spüren. Umso fataler ist der Eindruck, dass die Opposition der Unzufriedenen geächtet wird, wo es nur geht. An der Opposition wird sich aber entscheiden, wie wehrhaft die deutsche Demokratie ist. Das betrifft die Opposition selbst, wie gut ihre Arbeit ist. Das betrifft aber vor allem die Behandlung der Opposition durch die Mehrheit. In beiden Fällen gibt es noch viel Luft nach oben.

Die Schattenseiten der Sonne

Von Alfons Kaiser

Jetzt lassen sie sich wieder brutalen. Kaum schaut die Sonne hinter den Wolken hervor, setzen sich die Menschen in die Cafés und die Parks, legen den Kopf in den Nacken und „tanken“ Sonne. Auch die satirischen Handtuchkriege um Sonnenplätze nehmen kein Ende; gerade erst ging ein Video aus Lanzarote viral, in dem Touristen eine halbe Stunde vor Pool-Öffnung anstehen und dann zu den Liegen sprinten. Und wenn nun auch in Deutschland wieder eitel Sonnenschein herrscht, dann aalen sich die Menschen in den Freibädern in der prallen Sonne, als wären sie einfach in den Siebzigerjahren liegen geblieben.

Dabei spricht inzwischen wirklich viel dagegen, sich zu stark der Sonne auszusetzen. Die Fälle von weißem Hautkrebs haben sich in den vergangenen 20 Jahren verdreifacht. Die Zahl der Personen, die an dem besonders gefährlichen schwarzen Hautkrebs erkranken, hat sich in der Zeit mehr als verdoppelt. 2023 starben rund 4500 Menschen an Hautkrebs, 60,8 Prozent mehr als 2003. Natürlich, die wachsenden Zahlen liegen auch an besserer Diagnostik – aber auch daran, dass die Haut den Stress aus dem vergangenen Jahrtausend nicht vergisst und dass sich viele weiter braten lassen. Dabei ist nach einer Viertelstunde der Vitamin-D-Bedarf gedeckt.

Die echten Sonnenanbeter, wie man sie früher schon spöttisch nannte, können nicht von ihrem Aberglauben lassen. Das hängt mit der lebensspendenden Bedeutung dieses Sterns zusammen, die mit Sonnengöttern und Sonnensymbolen in mythische Sphären überhöht wurde. Schon die Alltagsprache macht es deutlich: Die Sonne geht auf, man hat Sonne im Herzen und steht auf der Sonnenseite des Lebens. Mit der Sonnenblume nimmt es kein Nachtschattengewächs auf, mit dem Sommer kein Winter, mit dem Sonntag kein Montag. Wer mag schon Schattengestalten, Gespensterstunden und Dunkelziffern?

Als vornehme Blässe für Anmut, Schönheit und Unschuld stand, schützte man sich noch vor der Sonne. Königin Kleopatra badete in Milch, die Haut der Liebesgöttin Venus leuchtet so makellos wie die Venus am Himmel, der hellste Planet des Sonnensystems. Braun gebrannt waren Handarbeiter, Bauern, Seeleute. Erst als die Arbeiter in die Fabriken gingen und dort immer blasser wurden, konnte die „gesunde Bräune“ ihre Karriere antreten. Und als Coco Chanel 1923 auf der Yacht ihres Liebhabers den Sonnenschirm vergessen hatte und knallbraun nach Paris zurückkehrte, war ein Trend geboren: „Ich sah aus, als wäre ich voller Energie“, sagte sie später. Weil man am Strand und in der Stadt immer mehr Haut zeigte, lohnte sich die Bräune erst richtig. Noch heute gilt gebräunt als attraktiv, das zei-

gen alle „tanning tips“ auf Tiktok. Der Massentourismus in den Süden brachte Hautkrebskandidaten zurück in den Norden – die das gar nicht bemerkten, weil die Krankheit erst nach Jahren ausbricht. Hätte man sich mal an den Anwohnern des Mittelmeers orientiert! Die Siesta ist keine Arbeitsverweigerung, sondern sinnvoller Schutz. Die Touristen, die auf der Plaza Santa Ana in Madrid oder der Piazza Navona in Rom in der prallen Hitze sitzen, sollten mal auf die Fassaden schauen: Die Fensterläden rundherum sind geschlossen. Auf Spielplätzen verschwinden abends die Deutschen mit der Sonne – Griechen und Spanier kommen dann erst.

Es braucht nicht viel für einen Lebensstil, der medizinischen Erkennt-

Die Haut vergisst den Sonnenstress nicht. Aber viele lassen sich weiter in der Hitze braten.

nissen gerecht wird. Sonnendetektiv-Spiele in Kindergärten und grüne Ecken auf Schulhöfen sind gute Ansätze. Nach einer Forsa-Umfrage schützen sich drei Viertel der Befragten mit Sonnencreme, und gut die Hälfte vermeidet lange Aufenthalte in der Sonne. Aber Prävention ist unsexy, weil man nicht sofort Ergebnisse sieht. Viele müssen noch überzeugt werden: zum Beispiel die Urlauber, die auf den Fahren zu den Nordsee-Inseln blass und auf der Rückfahrt krebsrot sind, weil sie glauben, bei Wind könne die Sonne nicht schaden; zum Beispiel die Menschen, die glauben, einmal am Tag Sonnenschutzfaktor 50 reiche, statt alle zwei Stunden nachzuliegen; oder diejenigen, die sich guten Gewissens unter den Sonnenschirm setzen, aber durch das Streulicht noch die Hälfte der UV-Strahlung der direkten Sonne abbekommen. Auch Autofenster lassen UV-Licht durch.

Wir leben jetzt in dem Klima der Länder, in die wir früher im Sommer gereist sind. Architektur, Stadtplanung, Autobau, Lebensrhythmus, Gesundheitsvorsorge müssen neu gedacht werden. Einen Platz wie den Gendarmenmarkt in Berlin als fast schattenfreie Steinwüste zu gestalten, ist ein Skandal. Spielplätze ohne Bäume sollte es nicht mehr geben. Wer sich vor Hitze und Sonne nicht abschirmt, ist beratungsresistent – wer die Bürger nicht davor schützt, handelt zumindest fahrlässig. Tiefe Sonnenbräune hat ausgedient, wie so viele angeberische Statussymbole. Niemand muss auf seinen Kaffee in der Sonne verzichten. Aber Sonnenanbeter verehren keine Götter mehr, nur noch Abgötter. Es ist Zeit, sich von diesem Aberglauben loszusagen.

Gedanken tanken beim lieben Gott

Orte der Stille im Dauerlärm des Fernverkehrs: Annäherung an ein deutsches Phänomen zum Tag der Autobahnkirchen. Feuilleton, Seite 9

Im Bann des Cracks

In Hamburg-St. Georg steigt die Kriminalität. Es könnte bald noch schlimmer werden, fürchten Anwohner. Politik, Seite 3

Temperament und Chuzpe

Da braut sich was zusammen: Frankreichs schillernder Kulturministerin Rachida Dati droht ein Korruptionsprozess. Feuilleton, Seite 9

Keine Weltwährung

Trotz großer Hoffnungen hat der Euro bislang nicht vom Bedeutungsverlust des Dollars profitiert. Das sind die Gründe. Die Lounge, Seite 19

Ultras in Führung

Immer mehr Fans aus der Kurve übernehmen in den Klubs des deutschen Profifußballs das Sagen. Sport, Seite 32

Der Bauch der Stadt

Bis Ende 2028 soll die unter Denkmalschutz stehende Kleinmarkthalle in Frankfurt umfänglich saniert werden. Rhein-Main-Zeitung, Seite 1

Briefe an die Herausgeber, Seite 27

Linke will weitere Kandidaten aufstellen

mg. BERLIN. Die Bundestagsfraktion der Linken hat angekündigt, abermals einen Kandidaten für das parlamentarische Gremium zur Kontrolle der Geheimdienste aufzustellen. Ob das die Fraktionsvorsitzende Heidi Reichhnekk sein würde, stand am Freitag noch nicht fest. Diese hatte am Donnerstagabend die nötige Mehrheit verfehlt. Reichhnekk sagte der F.A.Z.: „Klar ist: Wir lassen uns auf gar keinen Fall von der Union vorschreiben, wen wir in welches Gremium entsenden.“ Dass eine Regierungsfraction die demokratische Kontrolle aushebeln wolle, sei mehr als bedenklich. (Siehe Seite 4.)

Bärbel Bas unterstützt Vorschlag für höheren Mindestlohn

Kommission: In zwei Stufen auf 14,60 Euro / DGB: Wichtigstes Ziel erreicht

dc/elo. BERLIN. Die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Yasmin Fahimi (SPD), hat sich hinter den Vorschlag der Mindestlohnkommission gestellt, den Mindestlohn in zwei Schritten bis zum Jahr 2027 auf 14,60 Euro zu erhöhen. Zu Beginn des SPD-Parteitag in Berlin sagte Fahimi am Freitag zu dem kurz zuvor verkündeten Beschluss der Mindestlohnkommission, der Weg dorthin sei ein hartes Ringen mit den Arbeitgebern gewesen. Aber das entscheidende Ziel habe man erreicht: eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns auf 60 Prozent des mittleren Lohns der Arbeitnehmer. Fahimi bat die Delegierten des Parteitag um Unterstützung dieses Beschlusses. Der Beschluss der Mindestlohnkommission sieht vor, die allgemeine Lohn-

untergrenze von derzeit 12,82 Euro in zwei Stufen anzuheben: zum 1. Januar 2026 auf 13,90 Euro und 2027 dann auf 14,60 Euro. Die auch im Koalitionsvertrag von Union und SPD genannte Zielmarke von 15 Euro wird damit im gesamten Beschlusszeitraum bis Ende 2027 nicht erreicht. Wie die Kommission am Freitag mitteilte, hat sie ihren Beschluss einstimmig gefasst, also mit Zustimmung der drei Gewerkschafter in dem Gremium.

Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) stellte sich schon kurz nach der Bekanntgabe hinter den Beschluss. „Der gemeinsame Vorschlag bedeutet für Millionen Menschen mehr Geld im Portemonnaie“, teilte sie mit. „Ich werde der Bundesregierung deshalb vorschlagen,

diese Anpassung durch Rechtsverordnung zum 1. Januar 2026 verbindlich zu machen.“ Die SPD hatte eigentlich auf einen Mindestlohn von 15 Euro schon im nächsten Jahr gehofft.

Unterdessen will die schwarz-rote Koalition in der kommenden Woche noch einmal darüber sprechen, in welchem Umfang die Strompreise gesenkt werden sollen. Das wurde der F.A.Z. aus Regierungskreisen bestätigt. Der dazu am Dienstag vom Kabinett gefasste Beschluss war auf Kritik gestoßen wegen einer starken Konzentrierung der Entlastung auf die Wirtschaft. Es soll besprochen werden, auf welche Ausgaben verzichtet werden könnte, um Spielräume für weitere Entlastungen zu bekommen. (Siehe Wirtschaft, Seite 17.)

Familiennachzug für zwei Jahre ausgesetzt

Bei eingeschränktem Schutz / Dobrindt: Pull-Faktor / Zwei Neinstimmen aus SPD

F.A.Z. FRANKFURT. Der Bundestag hat entschieden, den Familiennachzug zu Ausländern mit eingeschränktem Schutzstatus für zwei Jahre auszusetzen. In namentlicher Abstimmung unterstützten fast alle Abgeordneten der schwarz-roten Koalition und die meisten AfD-Abgeordneten die Reform von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU). Zwei Sozialdemokraten stimmten dagegen.

Dobrindt sagte, es gehe darum, den Zu- nach Deutschland gleichermaßen zu steuern und zu begrenzen. „Das ist der Auftrag für diese Legislaturperiode“, fügte er hinzu. Dass bisher bis zu 12.000 Angehörige von in Deutschland subsidiär Schutzberechtigten jährlich ins Land kommen durften, sei ein „Pull-Faktor“ gewesen, sagte Dobrindt, der Menschen

nach Deutschland gezogen habe. Wenn ein Flüchtling es ohne Asylanspruch nach Deutschland geschafft habe, „dann kann die ganze Familie nachziehen“. Dies habe ein „Geschäftsmodell krimineller Banden“ im Schleppergewerbe genährt, das nun „zerschlagen“ werde.

Die SPD-Politikerin Natalie Pawlik sagte in der Debatte, „Integration gelingt besser, wenn Familien zusammen sind“. Sie und ihre Fraktion würden die Aussetzung aber mittragen, „weil wir zum Koalitionsvertrag stehen“, sie auf zwei Jahre begrenzt sei und es weiterhin Ausnahmen für Härtefälle geben solle, sagte Pawlik, die auch Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration ist. Der Grünen-Politiker Marcel Emmerich hingegen warf Schwarz-Rot einen

„Angriff auf das Herzstück jeder Gesellschaft, auf die Familie“, vor. Die Linken-Politikerin Clara Bünger kritisierte, ohne den Familiennachzug blieben „Frauen und Kinder in Kriegs- und Krisengebieten zurück“. UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi riet im Gespräch mit der F.A.Z. zu einer pragmatischen und flexiblen Regelung. „Ohne Familie fällt Integration schwer“, sagte Grandi.

Unterdessen lobte der österreichische Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP) in Berlin die Migrationspolitik der neuen Bundesregierung. Zurückweisungen an deutschen Grenzen würden keinen Schatten auf die Beziehung werfen. Er freue sich, dass er in Merz einen „Partner gefunden habe, der die Dinge ähnlich sieht“. (Siehe auch Seite 2; Kommentar Seite 8.)

Slowakei blockiert neue Russland-Sanktionen

T.G. BRÜSSEL. Der Europäische Rat hat den Weg für die Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland frei gemacht. Ungarn gab seinen Widerstand dagegen auf. Dagegen blockierte der slowakische Ministerpräsident Robert Fico das nächste, nunmehr 18. Sanktionspaket gegen Russland. Die EU-Botschafter vertagten am Freitag einen Beschluss dazu. Am Mittwoch soll eine Delegation der EU-Kommission die Slowakei besuchen und offene Fragen zum geplanten Stopp von Energielieferungen aus Russland bis Ende 2027 klären. (Siehe Seite 5; Kommentar Seite 8.)

USA und China einig im Handelsstreit

guth. SHANGHAI. Die USA und China haben eine Einigung im Handelskrieg erzielt. Das bestätigten US-Handelsminister Howard Lutnick und ein Sprecher des chinesischen Handelsministeriums am Freitag. Demnach wird China die Lieferungen Seltener Erden und von Seltenerdmetallen steigern, Amerika soll Beschränkungen aufheben. Laut Lutnick wurde die Einigung schon vor zwei Tagen unterzeichnet. Im Konflikt mit der EU schickten die USA am Donnerstag einen neuen Vorschlag nach Brüssel, einen Durchbruch in den Verhandlungen gibt es aber nicht. (Siehe Wirtschaft, Seite 18.)



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 5,00 € / Kanaren, Balearen 5,20 € / Schweiz 6,00 sfrs